

# Kooperationsvereinbarung

---

## SCHWERPUNKTE UND ZIELE



## Präambel

Das Wahlergebnis der Kommunalwahl 2016 erfordert neue politische Kooperationen, da die seitherige Koalition aus Bündnis 90/DIE GRÜNEN und CDU keine eigene Mehrheit mehr erreicht hat. Bündnis 90/DIE GRÜNEN, CDU und UFFBASSE sind der gemeinsamen Überzeugung, dass eine Zusammenarbeit zwischen ihnen eine gute Basis für die weitere politische Entwicklung in Darmstadt sein kann.

Bündnis 90/DIE GRÜNEN, CDU und UFFBASSE setzen auf eine konstruktive und verantwortungsvolle Zusammenarbeit aller Fraktionen in der Stadtverordnetenversammlung, die am besten durch sachorientierte politische Beratungen vorbereitet und ermöglicht wird. Die zukünftig offenere Suche nach Mehrheiten wird zu einer verstärkten argumentativen Vorbereitung von Vorhaben und Magistratsvorlagen führen.

Für Bündnis 90/DIE GRÜNEN, CDU und UFFBASSE ist eine elementare Voraussetzung dafür ein fairer, sachorientierter Umgang miteinander, bei dem jede(r) seine Sicht erläutert, aber gleichzeitig die Sicht der Anderen respektiert.

Dann wird es zwischen den Koalitionspartnern Bündnis 90/DIE GRÜNEN und CDU einerseits sowie UFFBASSE andererseits möglich und selbstverständlich sein, bei dem einen Sachthema unterschiedlich und bei einer anderen Sache miteinander zu stimmen.

Je nach Thema können sich somit Mehrheiten in unterschiedlichen politischen Konstellationen ergeben. Bündnis 90/DIE GRÜNEN, CDU und UFFBASSE sind sich darin einig, dass diese für Darmstadt neue Form der kommunalen Zusammenarbeit in der Stadtverordnetenversammlung zu einer Belebung der kommunalen Demokratie beitragen kann.

Im Rahmen der Zusammenarbeit wird UFFBASSE die Koalition aus Bündnis 90/DIE GRÜNEN und CDU bei zwei entscheidenden Punkten unterstützen, bei der Verabschiedung des kommunalen Haushaltes und bei den Wahlen von DezernentInnen. Im Gegenzug vereinbaren Bündnis 90/Grüne, CDU und UFFBASSE besonderes Engagement bei sechs zentralen politischen Vorhaben, die für Bündnis 90/DIE GRÜNEN, CDU und UFFBASSE besonders wichtig sind und gemeinsam umgesetzt werden.

## **Unterstützung durch UFFBASSE**

Es ist im Interesse der Stadt und aller BürgerInnen notwendig, dass die Verwaltung und Stadtregierung handlungsfähig sind. Dies gilt z. B. bei Personalfragen der Verwaltung, aber ebenso für Vereine, freie Träger und andere Organisationen, die wichtige Aufgaben in der Kommune übernehmen.

Sie brauchen vor allem Sicherheit bei der Finanzierung durch einen von den Stadtverordneten beschlossenen Haushalt, in welchem die Mittel für geplante Vorhaben und gesetzlich vorgeschriebene Leistungen bereitgestellt sind.

In Haushaltsfragen stimmen sich Bündnis 90/DIE GRÜNEN, CDU und UFFBASSE regelmäßig vertrauensvoll ab und UFFBASSE wird einem Haushaltsplan der Koalition aus Bündnis 90/DIE GRÜNEN und CDU zustimmen, in dem Mittel für Pflichtaufgaben eingeplant sind sowie für Investitionsvorhaben und Maßnahmen mit der Maßgabe, dass entweder für diese bereits ein Beschluss der Stadtverordneten vorliegt oder vor deren Umsetzung ein solcher noch herbeizuführen ist.

Das JA von UFFBASSE für den Haushalt erlaubt somit auch die Umsetzung von Vorhaben, welche UFFBASSE selbst vielleicht ablehnt, die aber von einer Mehrheit der Stadtverordneten beschlossen worden sind.

Die zweite Zusage von UFFBASSE ist, bei den anstehenden Wahlen der hauptamtlichen DezernentInnen, die von der Koalition aus Bündnis 90/DIE GRÜNEN und CDU vorgeschlagenen Personen zu wählen. Alle DezernentInnen werden innerhalb der bevorstehenden Wahlperiode gewählt.

Für alle anderen Vorhaben, Projekte und Maßnahmen der Koalition aus Bündnis 90/DIE GRÜNEN und CDU steht es UFFBASSE frei, in eigener Verantwortung und Bewertung abzustimmen. Dies entspricht dem politischen Stil von UFFBASSE, ohne Fraktionszwang sachbezogen abzustimmen.

## **Gemeinsame politische Schwerpunkte**

Zwischen Bündnis 90/DIE GRÜNEN, CDU und UFFBASSE sind einige Maßnahmen und politischen Ziele vereinbart, die mit besonderem Fokus gemeinsam vorangebracht werden sollen.

- Wohnraum: Wir wollen für alle Menschen adäquaten Wohnraum schaffen. Dazu werden wir auch weiterhin den geförderten sozialen Wohnraum ausbauen, und auch hochpreisiges Wohnen ermöglichen. Um auch Wohnraum für Menschen mit mittlerem Einkommen stärker zu berücksichtigen, werden wir Elemente des Münchner Modells (der Sozialgerechten Bodennutzung) prüfen und übernehmen sowie Bundes- und Landesförderprogramme nutzen. Die entsprechenden Regelungen sollen in einer Satzung verankert werden, die für die ganze Stadt gilt und/oder in den künftigen Bebauungsplänen; die Regeln sollen sowohl bei Verkauf oder Verpachtung öffentlicher Grundstücke als auch bei Bauvorhaben privater Investoren/Bauherren Anwendung finden.
- Günstigerer ÖPNV: Das Wiener Modell (Jahreskarte für 365€) wird geprüft, d.h. eine Machbarkeitsstudie wird erstellt zu finanziellen Auswirkungen (u.a. für HEAG mobilo), zu den Konsequenzen aus steigenden Fahrgastzahlen sowie eine Bewertung zur Umsetzbarkeit unter dem rechtlichen Rahmen DADINA/RMV. Da allen Beteiligten bewusst ist, dass der Handlungsspielraum der Stadt durch den RMV relativ eingeschränkt ist, soll bei negativem Ergebnis der Prüfung die Möglichkeit eines Sozialtickets (für Personen mit Teilhabekarte, Hartz-IV, etc.) sowie ein Kurzstreckenticket untersucht und wenn möglich eingeführt werden.

- Schulbausanierungsprogramm: Die Prioritäten, d.h. die Reihenfolge der Sanierung der Schulen in Verbindung mit den Möglichkeiten des Eigenbetriebs IDA sollen mit dem Ziel der Beschleunigung der Sanierung überprüft und wo sinnvoll, erforderliche Maßnahmen zur Verbesserung getroffen werden.
- Sanierung/Bau des Berufsschulzentrums Nord: Die notwendigen Maßnahmen sind schnellstmöglich zu beginnen und finanziell abzusichern. Die Maßnahme soll innerhalb dieser Legislaturperiode in wesentlichen Teilen abgeschlossen sein. Die Aufstellung eines Berufsschulentwicklungsplanes soll in den nächsten 12 Monaten erreicht werden, möglichst gemeinsam mit den betroffenen Landkreisen. Der Verbleib der AES in Darmstadt ist in den Berufsschulentwicklungsplan zu integrieren.
- Umbau des Stadions am Standort Böllenfalltor bei Berücksichtigung der Faninteressen und Anwohner sowie Absicherung der notwendigen Finanzierung und mit Einplanung selbstverwalteter Fanräume in ausreichender Größe (wie im Lastenheft des Fanbündnisses „Tradition hat Zukunft“ beschrieben) im Stadion oder auf dem Stadiongelände. Falls rechtliche Einwände dies verhindern, werden wir in Abstimmung mit dem Verein und den Fans eine alternative Lösung suchen.
- Die Freie Szene soll stärker gefördert und unterstützt werden; in finanzieller Hinsicht beim Einwerben von Drittmitteln/Sponsoren sowie durch städtische Mittel und Maßnahmen.

## **Gemeinsames Handeln**

Eine erfolgreiche Zusammenarbeit von Bündnis 90/DIE GRÜNEN, CDU und UFFBASSE bedingt ein faires Miteinander ohne Überraschungen oder einsame Entscheidungen einer Seite. Für dieses Miteinander stehen alle beteiligten Fraktionen ein.

Bündnis 90/DIE GRÜNEN, CDU und UFFBASSE werden sich regelmäßig untereinander austauschen sowohl zum politischen Tagesgeschäft als auch im Vorfeld wichtiger Vorhaben. Dabei sollen im Sinne einer Partnerschaft eventuelle Bedenken frühzeitig besprochen werden.

Unabhängig davon steht es UFFBASSE frei, konstruktive Kritik an und auch gegen geplante Vorhaben der Koalition aus Bündnis 90/DIE GRÜNEN und CDU öffentlich zu äußern und sich bei der Beratung in den Ausschüssen und in der Stadtverordnetenversammlung entsprechend zu positionieren.

Auf der Basis dieser Vereinbarung sehen Bündnis 90/DIE GRÜNEN, CDU und UFFBASSE einer konstruktiven, produktiven und vertrauensvollen Zusammenarbeit entgegen.